

Biogas: Den Ammersbekern stinkt's

Gemeinde schöpft Handlungsspielraum aus mit gesteuerter Ansiedlung

Ammersbek (as). Das Thema Biogas ist in Ammersbek ein Reizthema. Als erneuerbare Energie schont es Ressourcen, aber die Ausdünstungen riechen nicht gut und verstimmen deshalb die Anwohner. Die Gemeinde hat in einem Planungsgutachten sechs Flächen als potenzielle Standorte für Biogasanlagen ausgewiesen und dafür den Flächennutzungsplan geändert. Einer dieser Standorte liegt an der Franz-Kruse-Straße im dörflichen Ortsteil Daheim. Nun fürchten die Anwohner eine Minderung der Lebensqualität vor ihrer Haustür – zum einen durch zusätzlichen Lärm wegen des Anlieferungsverkehrs zur Biogasanlage, zum anderen durch die weitere starke Abnutzung der „ohnehin schon kaputten Straße“.

Die Gemeinde habe kein Geld für deren Ausbau. Es wäre auch nicht einzusehen, wenn die Allgemeinheit diese Kosten tragen müsse, machte Dieter Lenzian von der Bürgerinitiative Daheim seinem Unmut Luft. Lenzian zählte zu den 60 Bürgerinnen und Bürgern, die am Montag-



Besorgte Ammersbeker nutzen die Einwohnerfragestunde, um sich über den Stand der Dinge zu informieren und ihre Einsprüche vorzutragen.

Fotos: A.Sommerfeld

abend zur Sitzung des Umweltausschusses in das Dorfgemeinschaftshaus kamen, um gegen den Bau einer Biogasanlage in ihrem Ortsteil zu protestieren. „Durch den Schweinemastbetrieb in unserer Nähe ist die Geruchsbelastung ohnehin schon sehr hoch“, berichtete Lenzian. „Anmanchen Tagen kann man draußen keine Wäsche aufhängen“. „Wir wünschen uns einen Bürgerentscheid für den Standort in der Franz-Kruse-Straße“, forderte Renata Biendarra im Namen der Bürgerinitiative Daheim. Im Ortsteil Daheim/Heimgarten würden über 1.000 Einwohner leben. Die Mehrheit, davon sei sie überzeugt, dürfte gegen eine solche Anlage sein. „Warum hat ein einzelner Bauer mehr Recht auf Eigentum als über 1000 Anwohner?“

Nach Paragraph 35 des Baugesetzbuches ist jeder privilegierter Landwirt auf seinem Grund und Boden dazu berechtigt, seinen Betrieb zu erweitern, um neue Einnahmequellen zu erschließen, ohne dass er die Gemeinde um Erlaubnis fragen muss. „Bewil-

ligungsbehörde ist hier der Kreis“, klärte Bürgermeister Horst Ansén die Anwesenden auf. „Einfluss können wir nur nehmen, wenn wir Standorte festlegen.“

Bauern könnten, wenn sie wollten

Petra Ludwig-Sidow (SPD), Mitglied im Umweltausschuss, sprang in die Bresche: Theoretisch hätten in Ammersbek 16 Bauern das Recht eine Biogasanlage zu bauen. „Wir können dies nicht verhindern, sind aber in die Planung mit eingestiegen, um die Ansiedlung von Biogasanlagen zu steuern. Damit haben wir eine Eingrenzung der Flächen erreicht und die bindende Vorgabe, dass solche Anlagen nur gebaut werden können, wenn sie mindestens 300 Meter von einer Wohnbebauung und 200 Meter von einem Naturschutzgebieten entfernt liegen. „Wahrscheinlich“, so Ludwig-Sidow, „werden diese Biokraftwerke aufgrund von Gesetzesänderungen – dabei geht

es unter anderem auch um staatliche Fördermaßnahmen – in Zukunft weniger attraktiv für die Betreiber sein, so dass das Interesse einer Ansiedlung sinke. „Derzeit liegt kein Bauantrag vor“, gab Bürgermeister Horst Ansén bekannt. „Und die Änderung des Flächennutzungsplanes wird keinen Anstoßeffekt haben“, davon ist der Verwaltungschef überzeugt. „Es hat“, so räumte er ein, „zwar eine Anfrage für einen Standort in der Nähe des Dorfes Hoisbüttel gegeben.“ Doch diese sei inzwischen zurückgezogen worden, weil die Suchkriterien nicht gepasst hätten. „Die Entfernung zwischen Biogasanlage und Bauernhof war zu groß, so dass der räumlich-funktionale Zusammenhang nicht gegeben war. Die Abwärme der Anlage hätte so nicht genutzt werden können.“

Mit einer rot-grünen Mehrheit stimmte der Umweltausschuss der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes zu. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 17. April wird endgültig darüber entschieden.



Bürgermeister Horst Ansén: „Nur mit der Ausweisung von Konzentrationsflächen kann die Gemeinde die Ansiedlung von Biogasanlagen zu steuern.“